

Windenergie

Energiepoker auf hoher See

20.11.2013 · Europa will mehr große Meereswindparks bauen. Wie die dafür benötigten Milliarden fließen sollen, darüber diskutiert die Windindustriebranche derzeit. Für Investoren ist das Risiko nicht kalkulierbar.

Von HOLGER PAUL

In Reih und Glied: Windanlage rund hundert Kilometer vor der Nordseeinsel Borkum. Zwischen Frankfurt und den europäischen Küsten liegen Hunderte Kilometer. Dennoch hat sich die europäische Windenergiebranche bewusst die Stadt am Main ausgesucht, um auf einem Fachkongress in dieser Woche über die Zukunft ihrer großen Meereswindparks zu diskutieren. „Frankfurt ist die Stadt des Geldes“, sagt Thomas Becker, der Geschäftsführer des europäischen Windenergieverbands Ewea. Und zahlungskräftige Investoren brauchen die Hersteller und Betreiber der Offshore-Parks mehr denn je.

Rund 6 Gigawatt Leistung sind heute in der Nord- und Ostsee schon ans Stromnetz angeschlossen, deutlich mehr als vor den Küsten Amerikas oder Asiens. Und das aus gutem Grund, wie die Branche findet: „Die Nordsee hat die besten Windressourcen der Welt. Sie nicht zu nutzen wäre so, als würde Saudi-Arabien sein Öl nicht nutzen“, sagt Andreas Nauen, der Vorstandsvorsitzende des Hamburger Turbinenherstellers Repower Systems. Doch es soll noch weit mehr werden.

Viele große Hürden

Der Verband Ewea sieht bis 2020 eine installierte Kapazität von 40 Gigawatt voraus, Industrievertreter wie Henrik Poulsen, Vorstandschef des dänischen Konzerns Dong Energy, denken eher an 25 bis 30 Gigawatt. Dafür werden gewaltige Summen benötigt, je nach Ausbauziel 60 bis 100 Milliarden Euro. „Das ist eine Hürde“, räumt Becker ein. „Aber es ist sicher nicht die größte.“ Das Geld in die Offshore-Parks würde fließen, zeigt sich auch Dong-Chef Poulsen sicher.

Gerade hat sein Konzern den Bau der beiden Meereswindparks Gode Wind1 und 2 mit zusammen 582 Megawatt Leistung in der deutschen Nordsee beschlossen; 2,2 Milliarden Euro werden dafür als Investitionssumme veranschlagt. „Große Investoren aus aller Welt wollen sich gerne an solchen Infrastrukturprojekten beteiligen“, sagt Poulsen. Die Erwartung dieser Geldgeber sei eine Rendite im höheren einstelligen Bereich bei kalkulierbarem Risiko.

Generatorgondeln: Transport der Windenergieanlagen in die Nordsee

Aber das Risiko sei für die Investoren derzeit nicht kalkulierbar, und das liege in erster Linie an der von der Politik geschaffenen Unsicherheit, heißt es quer durch die Branche. Offshore-Parks haben eine Vorlauf- und Bauzeit von mehreren Jahren, dazu seien verlässliche Rahmenbedingungen unbedingt nötig. Parks, die in zwei oder drei Jahren ans Netz gehen sollen, müssen jetzt ausgeschrieben, Schiffe gebucht oder Teile bestellt werden.

„Das erfordert bei solchen Investitionssummen Bestands- und Vertrauensschutz“, sagt Jürgen Blume, Geschäftsführer des spanischen Energiekonzerns Iberdrola, der 2015 mit dem Bau eines Windparks in der deutschen Ostsee für bis zu 1,5 Milliarden Euro beginnen will. Doch an

der politischen Verlässlichkeit herrschen große Zweifel, seit in Deutschland über eine Strompreisbremse diskutiert wird und seit Spanien rückwirkend in die Vergütung von Windstrom eingegriffen hat. Der spanische Windmarkt sei damit völlig zerstört worden, heißt es.

Das EEG und die Folgen für den Offshore-Windstrom

Für Europa fordert der Verband Ewea nun vor allem, dass sich die EU-Staaten bald auf ein verbindliches Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 festlegen. 20 Prozent sollen die Erneuerbaren 2020 zur Energieversorgung beitragen, „mindestens 30 Prozent sollten es in 2030 sein“, fordert Jens Tommerup, leitender Offshore-Manager des Windanlagenherstellers Vestas. Die Logik dahinter ist klar: Ohne den Ausbau der Offshore-Parks können solche Ausbauziele nicht erreicht werden.

Die EU-Kommission denke auch in diese Richtung, bestätigt Jos Delbeke, Generaldirektor Klimapolitik der EU. Im Januar kommenden Jahres soll ein Vorschlag für 2030 auf dem Tisch liegen. In Deutschland dreht sich die Diskussion um eine weit näher liegende Entscheidung: die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und ihre Folgen für Offshore-Windstrom. Dass die Bundesregierung jetzt für 2020 das Ausbauziel auf deutscher See auf 6,5 Gigawatt reduziert habe, sei realistisch, sagen Repower-Chef Nauen und sein Dong-Kollege Poulsen einmütig.

Dass es 2030 dann 15 Gigawatt sein sollen, wird in der Industrie eher mit Enttäuschung quittiert. Man habe auf wenigstens 20 Gigawatt gehofft, als Signal, dass die Bundesregierung mit der Energiewende nicht nachlassen will, heißt es. Andererseits müsse die Industrie aufpassen, dass sie nicht zu sehr gefördert werde, „das kann auf uns zurückfeuern“, warnt Poulsen. Der jetzige Einspeisetarif von 19 Cent je Kilowattstunde auf 8 Jahre sei angemessen.

„Wir hoffen, dass die Regierung ihn über 2017 hinaus noch ein paar Jahre verlängert“, sagt Poulsen. In dieser Zeit werde die Industrie die Kosten für Offshore-Windparks deutlich verringern, Der dänische Konzern Dong strebe eine Reduktion um 35 Prozent bis 2020 an, fügt er hinzu. Und damit einhergehend könnten auch die Fördersätze für Offshore-Windstrom sinken.